

II-2597 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1277/J

1985-05-08

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Mock, Graf, Dr. Taus, Dr. Kohlmaier
Ing. Derfler, Heinzinger
und Kollegen
an den Bundeskanzler
betreffend die Nichterfüllung der Regierungserklärung und
das Scheitern der sozialistischen Koalitionsregierung

Am 24. Mai 1983 wurde die sozialistische Koalitions-
regierung angelobt. Am 31. Mai 1983 legte Bundeskanzler
Dr. Sinowatz die Regierungserklärung dem Nationalrat
vor. Heute, nach fast zwei Jahren, stellt die öster-
reichische Öffentlichkeit fest:

Das Experiment der sogenannten Kleinen Koalition ist
gescheitert.

Die Regierung hat in ihrer bisherigen Amtszeit

- o die wesentlichen Versprechungen der Regierungs-
erklärung nicht gehalten,
- o schwierige Aufgaben entweder nicht in Angriff
genommen oder nicht bewältigt,
- o das Vertrauen der Bürger in die Handlungsfähig-
keit der Regierung erschüttert.

Die Österreichische Volkspartei hat im selben Zeitraum ein umfassendes Wirtschaftsprogramm entwickelt, eine tiefgreifende Reform des Steuersystems mit dem Ziel einer Steuersenkung vorgeschlagen und ein Zukunftsmanifest erarbeitet, das die große Linie für die Bewältigung der nächsten Jahrzehnte vorgibt.

Die Österreicherinnen und Österreicher haben in einer Serie von Wahlgängen der ÖVP immer mehr Vertrauen ausgesprochen und gleichzeitig deutlich gemacht, daß sie mit der sozialistischen Koalitionsregierung nicht einverstanden sind.

Der Unmut der Bürger über die Regierung Dr. Sinowatz/ Dr. Steger hat objektiv feststellbare Ursachen.

1) Die wesentlichen Versprechungen der Regierungserklärung wurden nicht gehalten.

1.1. STEUERREFORM

In der Regierungserklärung vom 31.5.1983 wurde versprochen:

"Die Bundesregierung beabsichtigt daher, sehr rasch Vorschläge für eine Steuerreform vorzulegen."

Und das ist die Wirklichkeit:

Die Steuerreform wurde vom Bundeskanzler im Mai 1984 abgesagt.

1.2. PENSIONEN

In der Regierungserklärung vom 31.5.1983 wurde versprochen:

"Die Bundesregierung garantiert die Pensionen und wird dafür sorgen, daß der Lebensstandard der Pensionisten auch weiterhin in Übereinstimmung mit der allgemeinen Entwicklung steigen wird....."

"Insbesondere bei der Reform der Pensionsversicherung wird es erklärtes Ziel der Bundesregierung sein, die Leistungsstruktur effizienter und gezielter zugunsten der sozial Schwachen zu gestalten."

Und das ist die Wirklichkeit:

Die Pensionserhöhung für 1985 lag mit 3,3% deutlich unter der Inflationsrate. Damit mußten die Pensionisten zum fünften Mal innerhalb der letzten sechs Jahre einen realen Einkommensverlust hinnehmen.

Statt der versprochenen Pensionsreform gab es ein Belastungspaket mit Pensionskürzungen, Beitragserhöhungen, Benachteiligungen für Frauen mit Kindern, Benachteiligungen für Angestellte und Belastungen für Klein- und Mittelbetriebe.

1.3. BUDGETSANIERUNG

In der Regierungserklärung vom 31.5.1983 wurde versprochen:

"Durch die Nullbudgetierung werden Ausgaben in besonderer Weise und regelmäßig auf ihre Notwendigkeit und Berechtigung geprüft."

Und das ist die Wirklichkeit:

Es gibt bis jetzt keine Nullbudgetierung.

1.4. JUGENDBESCHÄFTIGUNG

In der Regierungserklärung vom 31.5.1983 wurde versprochen:

"Die Bundesregierung wird auch weiterhin alles daransetzen, Jugendarbeitslosigkeit in diesem Land zu verhindern."

Und das ist die Wirklichkeit:

Ende April 1985 waren 42.688 Jugendliche arbeitslos; das sind um 15 % mehr als vor einem Jahr.

1.5. EINKOMMENSITUATION

In der Regierungserklärung vom 31.5.1983 wurde versprochen:

"Den Kampf gegen die Armut wird die Bundesregierung auch in den kommenden Jahren trotz aller Schwierigkeiten, die sich aus der Wirtschaftskrise ergeben, energisch fortsetzen."

Und das ist die Wirklichkeit:

790.000 Österreicher, das sind 10,5 % der Gesamtbevölkerung, leben an der Armutsgrenze und müssen mit rund 4.500 Schilling oder weniger monatlich auskommen. Sozialminister Dallinger erklärte öffentlich, der "Kampf gegen die Armut" sei nicht gewinnbar.

- 5 -

1.6. BÄUERLICHE EINKOMMEN

In der Regierungserklärung vom 31.5.1983 wurde versprochen:

"Die Sicherung und angemessene Verbesserung der Lebensgrundlage der bäuerlichen Bevölkerung werden im Mittelpunkt unserer Agrarpolitik stehen."

Und das ist die Wirklichkeit:

32.500 bäuerliche Vollerwerbsbetriebe liegen unter dem Richtsatz für Ausgleichszulagen. Die Bauern mußten 1983 einen 9%-igen Realeinkommensverlust hinnehmen.

1.7. KONFERENZZENTRUM

In der Regierungserklärung vom 31.5.1983 wurde versprochen:

"...wird das von der Bundesregierung 1967 beschlossene österreichische Konferenzzentrum in der kostengünstigsten Weise fertiggestellt werden."

Und das ist die Wirklichkeit:

Die arabischen Geldgeber haben alle Vorteile, die österreichischen Steuerzahler alle Nachteile. Man hätte das Geld mindestens so günstig, wenn nicht günstiger, von österreichischen Banken erhalten.

1.8. FAMILIENFÖRDERUNG

In der Regierungserklärung vom 31.5.1983 wurde versprochen:

"Das Schwergewicht der Familienförderung wird weiterhin bei direkten Geld- und Sachleistungen liegen müssen."

Und das ist die Wirklichkeit:

Die Kaufkraft der Familienbeihilfe hat sich ständig verschlechtert. Konnten mit der Familienbeihilfe 1983 noch ein Drittel der Kinderkosten gedeckt werden, so reicht die Familienbeihilfe heute nur mehr zur Deckung eines Viertels dieser Kosten.

1.9. UMWELTSCHUTZ

In der Regierungserklärung vom 31.5.1983 wurde versprochen:

"Verbesserung der Luftreinhaltung zum Schutz unserer Wälder."

"Verbesserte Entschwefelung von Heizöl, Dieselöl und Rauchgasen."

Und das ist die Wirklichkeit:

Die geschädigten Waldflächen sind von 33 % im Vorjahr auf 50 % im Jahre 1985 angestiegen. Die Senkung des Schwefelgehaltes im Heizöl schwer auf 1 % ist bundesweit nicht erfüllt.

- 7 -

1.10. ENERGIEPOLITIK

In der Regierungserklärung vom 31.5.1983 wurde versprochen:

"Die Gewinnung von Alkohol für energetische Zwecke
.... wird weiterhin gefördert werden."

".....deshalb ist es erforderlich, Energie so sparsam und
wirksam wie möglich einzusetzen...."

Und das ist die Wirklichkeit:

Die Beimischung von Biosprit zum Benzin ist bis heute nicht
verwirklicht, die Regierung hat bisher keine wirkungsvollen
neuen Anreize zum Energiesparen beschlossen.

2) Schwierige Aufgaben wurden entweder nicht in Angriff
genommen oder nicht bewältigt.

Die abgesagte Steuerreform, die fehlende Budgetsanierung
und die ungenügende Einkommenspolitik sind drei Beweise für die
Handlungs- und Entscheidungsunfähigkeit der Regierung
Dr.Sinowatz/Dr.Steger.

Aber selbst in Bereichen, wo die sozialistische Koalition
versucht hat, Handlungen zu setzen, ist sie entweder an
den mangelhaften Vorbereitungen, an inneren Streitigkeiten
oder an der unzureichenden Durchführung gescheitert.

2.1. DER FALL ANDROSCH

Im Sommer 1984 erreichte der Streit Androsch/Salcher seinen Höhepunkt. Der damalige Finanzminister zeigte seinen Vorgänger wegen des Verdachtes auf Steuerhinterziehung bei Gericht an. Der Streit in der SPÖ führte zur Ablöse des Finanzministers, von dem der Bundeskanzler noch kurz vorher behauptet hatte, daß er bis 1987 im Amt bleiben werde.

2.2. DER FALL SPARBUCHSTEUER

Eine umgebildete Regierung kündigte groß einen Kurswechsel der Wirtschaftspolitik an und blieb an einer grotesken Diskussion um die Sparbuchsteuer hängen. Ergebnis: Die Sparbuchsteuer, die das Sparklima in Österreich empfindlich gestört hat, bleibt.

2.3. Der FALL 8. DEZEMBER

Ein tragisches Beispiel für den Stil dieser Regierung ist die Affäre um die Öffnungszeiten am 8. Dezember 1984 in Salzburg. Der Landeshauptmann gestattet, an diesem Feiertag auf Anregung des Vizekanzlers der sozialistischen Koalitionsregierung, die Geschäfte aufzusperren.

Die Regierung und mit ihr Vizekanzler Dr. Steger erheben daraufhin Staatsanklage, die im übrigen von Wissenschaftsminister Dr. Fischer so mangelhaft formuliert wurde, daß sie vom Höchstgericht vorerst zurückgewiesen wurde und neu eingebracht werden mußte.

2.4. DER FALL HAINBURG

Der Versuch, mangelhafte Vorbereitung und reduzierte Gesprächsbereitschaft durch die Arroganz der Macht zu ersetzen, scheiterte im Dezember 1984 in der Au von Hainburg. Obwohl sich die drei im Parlament vertretenen Parteien grundsätzlich für den Bau eines Kraftwerkes östlich von Wien aussprachen, löste die Vorgangsweise der Regierung auch bei jenen Bürgern Widerstand aus, die dem Projekt an sich positiv gegenüberstanden. Der traurige Einsatzbefehl an die Exekutive dokumentierte die Hilflosigkeit der Regierung.

2.5. DER FALL ZWENTENDORF

In dieser Frage konnte Bundeskanzler Dr. Sinowatz nicht einmal mehr als Sprecher der Regierung auftreten. Die Regierung ist bis heute nicht in der Lage, die Frage zu beantworten, ob sie für oder gegen die Aufhebung des Atomsperrgesetzes ist.

2.6. DER FALL FRISCHENSCHLAGER

Der Verteidigungsminister ist für die Regierung und für Österreich in zweifacher Hinsicht zur Belastung geworden. Der Händedruck am Grazer Flughafen und die Uneinsichtigkeit in der Frage der Stationierung der Abfangjäger bestätigen den Mangel an politischem Fingerspitzengefühl und Leistungsvermögen.

2.7. DER FALL SEKANINA

Seit Wochen verweigert der Bundeskanzler jede Auskunft über die offenen Fragen im Zusammenhang mit dem Rücktritt von

Bautenminister Sekanina, und die Koalitionsparteien lehnen alle Anträge auf Untersuchung der Affäre ab. Gleichzeitig aber hat, nach einigen Anlaufschwierigkeiten, die Staatsanwaltschaft mit den Ermittlungen begonnen. Gerichtliche Vorerhebungen wurden eingeleitet.

2.8. DER FALL PROKSCH

Udo Proksch, Hausherr des SPÖ-Nobeltreffs "Club 45", Weichensteller bei der ominösen Finanzierung der "Geschichten vom Dr. Kreisky", immer wieder genannte Person bei Waffengeschäften und Spionageaffären, hat gleich drei Minister der Regierung Dr. Sinowatz/Dr. Steger in ein zumindest eigenartiges Licht gebracht.

Außenminister Gratz sagte für Proksch bei Gericht aus und sein Ministerium beschaffte in Bukarest ein "Entlastungsdokument".

Innenminister Blecha erteilte die Weisung, Erhebungen der Sicherheitsdirektion von Niederösterreich einzustellen.

Justizminister Ofner gab seinerseits Weisungen, die auf eine Schonung von Udo Proksch hinauslaufen. Daß er dabei von Oberstaatsanwalt Otto F. Müller unterstützt wurde, ist nicht mehr verwunderlich.

3) Das Vertrauen der Bürger in die Handlungsfähigkeit der Regierung ist erschüttert.

Bei den Nationalratswahlen 1983 ging die ÖVP als eindeutiger Sieger hervor. FPÖ und SPÖ haben empfindlich an Stimmen

- 11 -

verloren, die SPÖ verlor die absolute Mehrheit an Mandaten.

Seither haben die Parteien der Regierungskoalition fast bei allen Landtags- und Gemeinderatswahlen sowie bei den Wahlen in die Interessenvertretungen (Arbeiterkammer, Handelskammer und Landwirtschaftskammer) zum Teil beträchtliche Stimmenverluste erlitten.

Mit zunehmenden Schwierigkeiten der sozialistischen Koalition wurde auch die Bereitschaft des Bundeskanzlers zur öffentlichen Diskussion und zur Beantwortung von Fragen im Parlament immer geringer.

Zuletzt verweigerte Dr. Sinowatz eine Fernsehdiskussion mit dem Oppositionsführer.

Nicht eingehaltene Versprechen der Regierungserklärung, Handlungsunfähigkeit und Entscheidungsschwäche kennzeichnen die letzten zwei Jahre österreichischer Regierungspolitik. Das politische Klima ist im 40. Jahr der Zweiten Republik durch unqualifizierte Angriffe auf den politischen Gegner und durch Gesprächsverweigerung empfindlich gestört.

Zwei Jahre Regierung Dr. Sinowatz/Dr. Steger sind genug.

Diese Regierungspolitik darf weder im Inhalt noch im Stil zwei weitere Jahre fortgesetzt werden.

Angesichts des Scheiterns der sozialistischen Koalition und des öffentlichen Vertrauensverlustes, wie er aus allen Wahlergebnissen seit 1983 ablesbar ist, sollte der Bundeskanzler den Weg zu sofortigen Neuwahlen freigeben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

1. Warum haben Sie das Versprechen, "sehr rasch Vorschläge für eine Steuerreform vorzulegen", nicht gehalten?
2. Warum haben die Pensionisten - entgegen Ihren Versprechungen - einen realen Einkommensverlust erlitten?
3. Warum haben Sie - entgegen Ihren Versprechungen - weder beim Budget 1984 noch beim Budget 1985 die Nullbudgetierung durchgeführt?
4. Warum ist die Jugendarbeitslosigkeit infolge der Politik der Bundesregierung um 15 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen?
5. Warum hat Sozialminister Dallinger den Kampf gegen die Armut, wie er in der Regierungserklärung versprochen wird, aufgegeben?
6. Warum haben Sie das Versprechen, die Lebensgrundlage der bäuerlichen Bevölkerung "angemessen zu verbessern", nicht gehalten, sodaß heute das durchschnittliche landwirtschaftliche Einkommen um 53 % niedriger ist als das eines in der Industrie Beschäftigten?
7. Warum haben Sie die Geburtenbeihilfe um 6.000 Schilling gekürzt und gleichzeitig Gelder aus dem Familienlastenausgleichsfonds zweckwidrig verwendet?
8. Warum gibt es - entgegen Ihren Versprechungen - noch immer kein Biosprit-Projekt?

- 13 -

9. Werden Sie angesichts des Scheiterns der sozialistischen Koalition, durch einen Rücktritt der Bundesregierung den Weg zu sofortigen Neuwahlen freigeben?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.